

## **Jawurek fordert Entlastung durch Rechtsaufsicht ein**

**Auch SPD mahnt Entschuldigung von UPW-Chef Lehmeier an — Zunächst „Gespräch mit den Betroffenen“**

**NEUMARKT — Die CSU-Fraktion hatte sich die strittigste und am heftigsten diskutierten Frage der Stadtratssitzung für den letzten Tagesordnungspunkt „Anfragen“ aufgehoben. Helmut Jawurek und Helmut Lahner gingen in die Offensive und verwahrten sich gegen die „haltlosen und ehrverletzenden“ Anschuldigungen der UPW.**

Deren Vorsitzender Bernhard Lehmeier hatte in einer Pressemitteilung Jawurek vorgeworfen, dass er wegen „persönlicher Verflechtungen“ zu Ludwig Fürsts Firma Jura-Energie an der Abstimmung des Bausenats über den Bau von Windkraftanlagen in der Kräfte nicht hätte teilnehmen dürfen (*wir berichteten*). Der so Gescholtene hatte das postwendend zurückgewiesen und erinnerte nun in der Sitzung daran, dass er wiederholt richtiggestellt habe, dass es eben keinerlei private finanzielle Interessen oder Verflechtungen zu der Gesellschaft gebe. Trotzdem bat er noch einmal ausdrücklich um eine Würdigung durch die Rechtsaufsicht, und zwar zeitnah, damit die Angelegenheit möglichst schnell geklärt werden kann.

„Entweder die Anschuldigungen sind haltlos und ehrverletzend oder

AUS DEM STADTRAT

Jawurek hätte nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen, da gibt es keinen Mittelweg“, machte CSU-Fraktionsvorsitzender Helmut Lahner deutlich und fragte in Richtung des Oberbürgermeisters, ob der in dieser Angelegenheit bereits tätig geworden sei.

Thomas Thumann verwies auf einen Termin nächste Woche mit dem Antragsteller, zu dem auch Jawurek gerne dazustoßen könne. Danach werde sich zeigen, wie weiter verfahren werden solle.

Lahner war das zu wenig, er hakte mehrmals nach und wollte wissen, ob es einen Anlass gebe, den Beschluss der Bausenatssitzung anzufechten oder ob er bestehen bleibt. Mehr als ein informelles Gespräch zwischen Rechtsdirektor Jürgen Kohler und der Rechtsaufsicht habe aber noch nicht stattgefunden, es habe bislang keine Veranlassung gegeben, tätig zu werden, sagte Kohler. Und im übrigen sollte man die Stadtverwaltung zunächst einmal aus politischen Auseinandersetzungen raushalten.

### **Erklärung gefordert**

„Wenn eine Partei sich vergaloppiert hat, dann sollte sie das auch in öffentlicher Sitzung zurücknehmen“, forderte Lahner eine Erklärung von Bernhard Lehmeier und bekam hier massive Unterstützung von SPD-Kollegin Ursula Plankermann: „Lehmeier und sein Pressesprecher haben sich nicht vergaloppiert, sondern sie haben das zu Hause mit Kalkül zu Papier gebracht.“

### **„Unter aller Kanone“**

„Das ist gegenüber einem Stadtratskollegen unter aller Kanone“, empörte sich die wortgewaltige Sozialdemokratin und ging Lehmeier direkt an: „Wenn du einen Hintern in der Hose hättest, würdest du dich wenigstens entschuldigen“.

Aus den Reihen der UPW kam keinerlei Reaktion bis auf die Zusage des Oberbürgermeisters, in der nächsten Stadtratssitzung am 4. Dezember — nach dem Gespräch mit den Betroffenen — das Gremium über die weiteren Schritte zu informieren. JÜRGEN DENNERLOHR